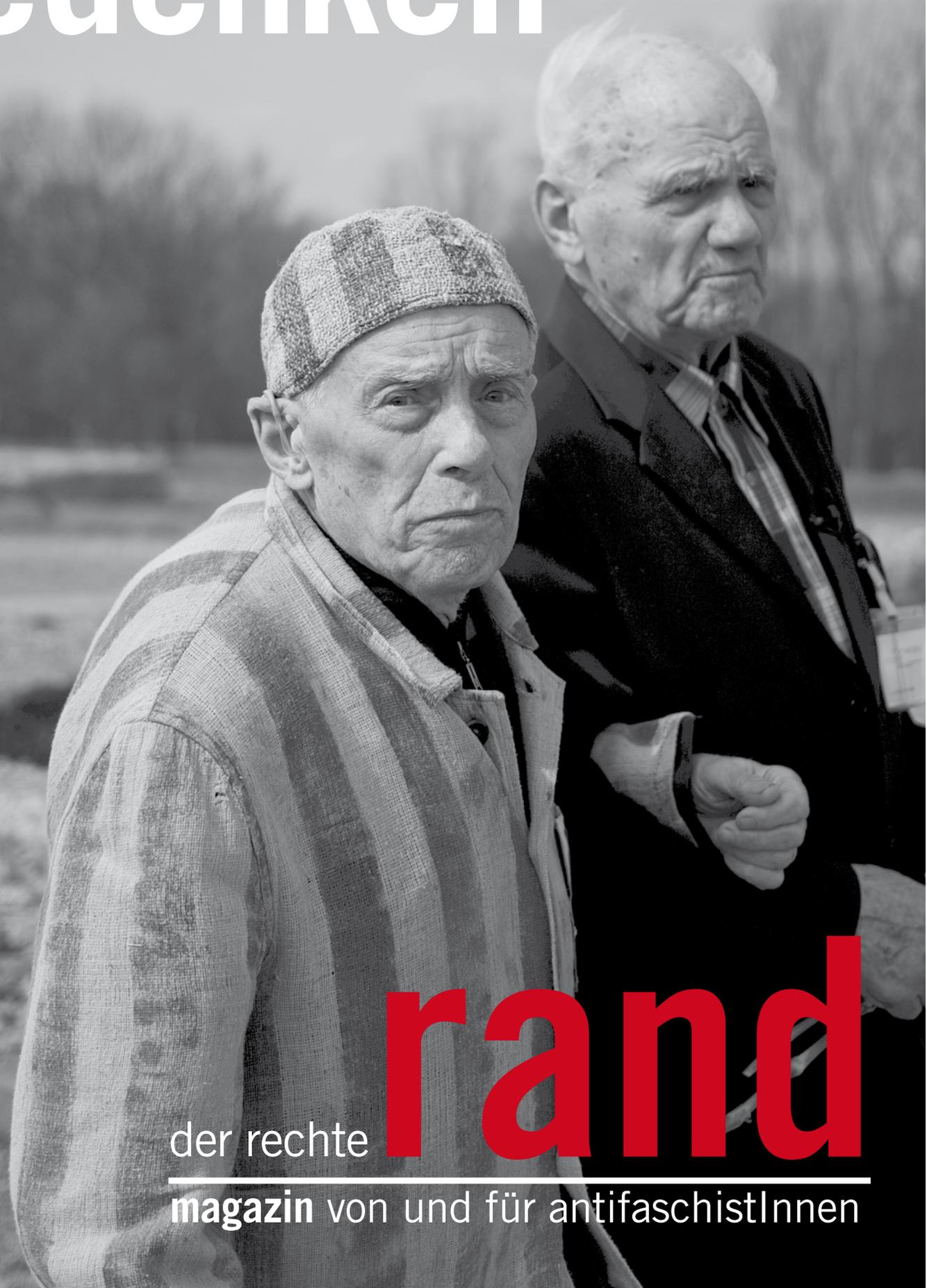


H 8040 F
ISSN 1619-1404
26. Jahrgang
Nummer 154
Mai | Juni 2015
3,50 Euro

Gedenken



der rechte **rand**
magazin von und für antifaschistInnen

Nur rote Winkel – Gedenken in Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück

KZ-Gedenkstätten sperren sich qua Existenz gegen Verdrängung, Verharmlosung und Leugnung von Terrorherrschaft und Völkermord, indem sie die Verbrechen der Nazis am historischen (Tat-)Ort dokumentieren und ihre Spuren konservieren. Sie sind keine »authentischen Orte«, sondern vielfach ver- und überformtes Gelände, dem nicht a priori ein unauslöschliches Erinnerungsschema eingeschrieben ist. Was und wie erinnert wird, ist dem politischen und kulturellen Wandel unterworfen. Der Blick auf die Entstehung und Entwicklung der ostdeutschen Gedenkstätten macht deutlich, dass die Vergangenheit ihre Interpretation nicht vorwegnimmt.

von Roman Guski und Claudia Krieg

Die Errichtung der ostdeutschen Gedenkstätten stand unter dem Eindruck der »antifaschistisch-demokratischen Umwälzung«, die nach 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone ausgerufen wurde, und erfolgte deutlich früher als in der Bundesrepublik. Noch bevor die DDR offiziell gegründet und das sowjetische Speziallager 1 auf dem früheren KZ-Gelände aufgelöst wurde, empfahl die Sowjetische Militäradministration, in Buchenwald ein »Nationalmuseum« einzurichten. Als Vorbild dienten die bereits 1947 gegründeten Museen in Owiścim (Polen) und Terezín (Tschechien). Pläne der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« (VVN) zur Schaffung von Nationalausstellungen in den ehemaligen Lagerbaracken scheiterten jedoch an der SED-Führung, die auf dem Ettersberg ein Mahnmal für den in Buchenwald ermordeten KPD-Führer Ernst Thälmann vorsah. Im Oktober 1950 wurde die Demontage des Lagergeländes verfügt – nur das Eingangsgebäude und das Lagertor, die beidseitigen von Stacheldraht umwundenen Wachtürme und das Krematorium sollten erhalten bleiben. Der Abriss erfolgte nicht, um die Erinnerung an Buchenwald auszulöschen, sondern wegen ihrer Formgebung. Die Lagerstruktur, die mit ihren Untergliederungen und verschiedenen Barackentypen auf die Hierarchisierung der Häftlingsgesellschaft, ihr Unterworfensein und die Grenzen von Solidarität und Selbstbehauptung verwies, stand dem Geschichtsbild der DDR gewissermaßen entgegen.

Rangfolgen des Gedenkens

Der Schaffung der »Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald« (1954), die bis zur Wende zentrale Gedenkstätte der DDR blieb, ging 1955 die Konstituierung eines Kuratoriums unter Ministerpräsident Otto Grotewohl voraus, das auch auf die Errichtung nationaler Gedenkstätten in Ravensbrück (1959) und Sachsenhausen (1961) hinarbeitete. Während sich die Ausgaben für Buchenwald auf 10 Millionen DM und für Sachsenhausen auf 6 Millionen DM beliefen, wurde für Ravensbrück nur eine Summe von 2 Millionen DM aufgebracht. Die finanzielle Staffellung verweist auf den Bedeutungsgrad, der den Gedenkort zugerechnet wurde. Zudem waren unter den SED-Funktionären ehemalige Häftlinge aus Buchenwald und Sachsenhausen, während »Ravensbrückerinnen« keine vergleichbaren Parteiämter innehatten. Als früheres Frauen-Konzentrationslager wurde Ravensbrück gleichwohl eine besondere Funktion im DDR-Gedenken zuteil. Die Gedenkstättenanlage sollte den »Frauencharakter« des früheren Lagers hervorheben und Frauen durch gezielte Agitation in den Dienst des Sozialismus stellen. Dass in Ravensbrück auch 20.000 Männer inhaftiert gewesen waren, geriet darüber in Vergessenheit. Während das Heldenepos für Buchenwald und Sachsenhausen reserviert war, wurde die historische Rolle von Frauen auf Solidarität, Opferbereitschaft und »inneren Widerstand« zurückgesetzt und gemeinhin durch geschlechtsspezifische Losungen und Bilder der Mütterlichkeit repräsentiert.

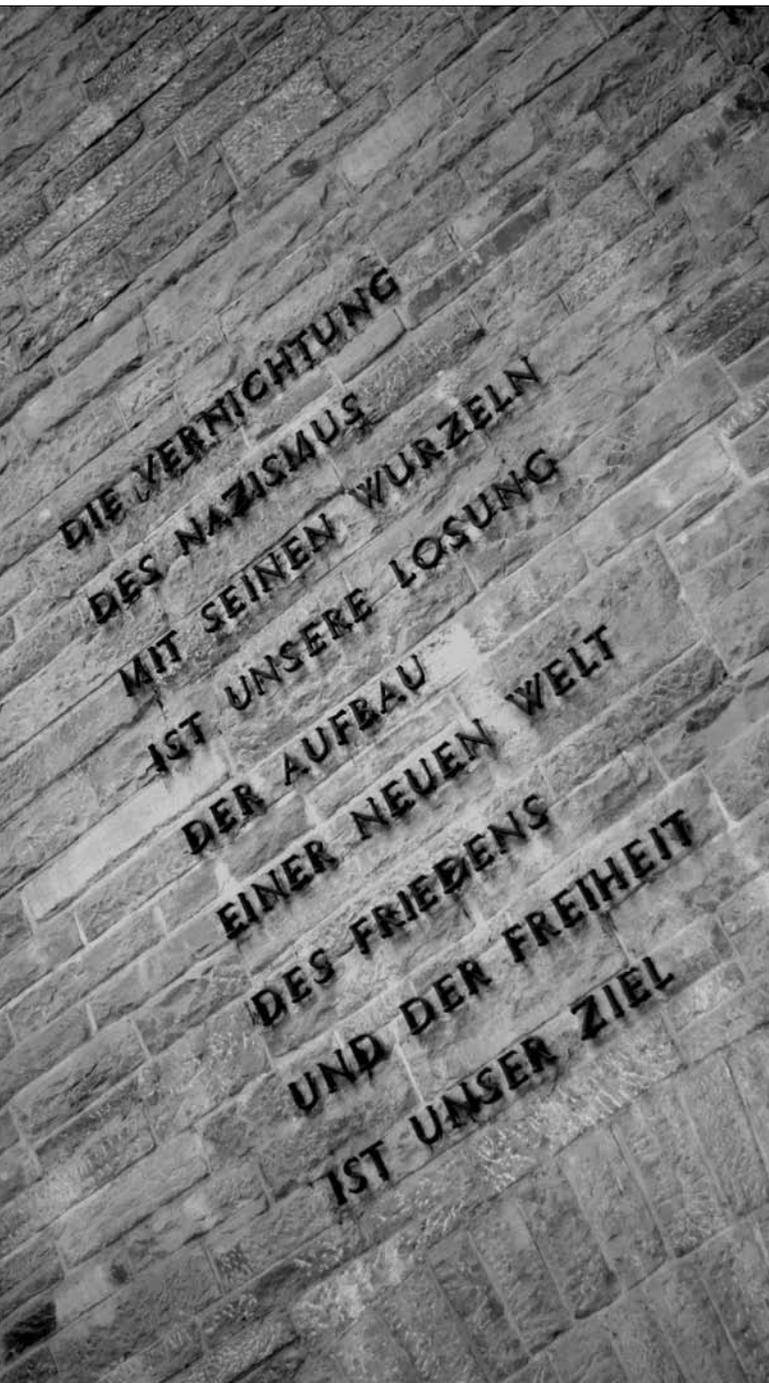
Die Partei hat immer Recht

Die Gedenkstätten wurden als gesamtstaatliche Einrichtungen gegründet und formal dem DDR-Kultusministerium unterstellt. Über Inhalt, Gestaltung und Personal verfügten die SED-Führung um Walter Ulbricht und parteinahe Organisationen wie das »Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer«. Andere Häftlingsverbände wurden dabei allerdings marginalisiert. Der direkte Einfluss der Parteifunktionäre wurde nicht hinterfragt, zumal das politische Handeln der kommunistischen Partei nach marxistisch-leninistischer Geschichtsauffassung per se als »wissenschaftlich« galt. An die Stelle geschichtswissenschaftlicher Akkuratess, die um Konkrektion des Geschehenen bemüht ist, traten so Mythen und Rituale, die mehr auf Identifikation mit dem Sozialismus als auf die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zielten. So wurde die historische Narration nicht am ortsgebundenen Geschehen, sondern an geschichtspolitischen Prämissen ausgerichtet, deren Fixpunkt der staatstragende Antifaschismus war. Ein Statut legte ab 1961 ein einheitliches Erinnerungsprogramm fest, das den kommunistischen Widerstand und den vermeintlich »wiedererstandenen Faschismus« in der BRD betonte und auf »die historische Rolle« der DDR abhob. Nach dieser Diktion orientierte sich die Darstellung in den Ausstellungen nicht zwingend an den tatsächlichen Ereignissen, sondern nutzte diese als »historische Versatzstücke« einer »viel weiter greifenden antifaschistischen Legitimationsideologie« (Sabine Moller).

Antifaschistische Pilgerstätten?

Das »Buchenwald-Kollektiv« aus freischaffenden Künstlern und Architekten machte nach Buchenwald auch Sachsenhausen und Ravensbrück zu monumentalen Gedenkanlagen mit Skulpturen im Stil des sozialistischen Realismus. Die Gedenkstätten dienten als Kulisse für Truppenvereidigungen, Fahnenappelle und Jugendweihefeiern. Für die Teilnahme an großen »Kundgebungen« – etwa zum Jahrestag der Befreiung oder zum Tag der Opfer des Faschismus – gab die SED Richtzahlen für zu erreichende TeilnehmerInnenzahlen aus. So erlebten diese Anlässe dann auch etliche der Anwesenden als »verordnetes Gedenken«. Gleichwohl greift die Vorstellung von einer ausschließlich indoktrinierenden Erinnerungspolitik zu kurz. In der DDR gab es sehr viele Denkmäler, Gedenktafeln und Erinnerungssymbole – der rote Winkel war allgegenwärtig. Dadurch wurde ein, wenn auch höchst selektiver, Erinnerungsraum geschaffen. Die lebensweltlichen Bezüge boten Möglichkeiten der Identifikation mit antifaschistischen Werten, sprachen aber zugleich von Schuld und Verantwortung





^ Inschrift am Gedenkort des KZ Buchenwald

frei. Obwohl nur eine kleine Minderheit Widerstand geleistet hatte, konnte man sich entsprechend offizieller Diktion auf der »besseren« Seite, das heißt in einem Land ohne TäterInnen wöhnen.

Zwischen Subversion und Staatsdoktrin

Das Erinnerungsprogramm wurde bis zum Ende der DDR inhaltlich kaum modifiziert. In der Phase ihrer Erosion wurde die antifaschistische Staatsdoktrin jedoch zunehmend in Frage gestellt – auch durch andere Antifaschismus-Konzepte, auf deren herrschaftskritisches Potential die SED mit einer Mischung aus Repression und Absorption reagierte. So fand die erste Gedenkveranstaltung für homosexuelle KZ-Häftlinge, die 1983 vom »Arbeitskreis Homosexualität der Evangelischen Studentengemeinde Leipzig« organisiert wurde, hinter den verschlossenen Türen des Buchenwalder Glockenturms statt. Während sich die Gedenkstättenleitung und das Buchenwald-Komitee ausdrücklich von der Aktion distanzieren hatten, wurde die Kranzniederlegung als »subversiver Akt« vom »Ministerium für Staatssicherheit« (MfS) observiert. Ähnlich erging es einer Gruppe, die 1986 in Ravensbrück an lesbische Opfer erinnern wollte und wegen »ihres provokativen Verhaltens« vom MfS behelligt wurde. Die Gedenkstätten kamen durch das »Gedenken von unten« nicht umhin, sich

ab Mitte der 1980er Jahre für die Geschichte anderer Verfolgtengruppen zu öffnen. Jedoch blieb die Thematisierung der Lücken weitgehend beschränkt auf Fachgespräche. Es gab erste Gedenkveranstaltungen für jüdische Opfer, doch die Shoa blieb eine Randnotiz. Ebenso tabuisiert blieb die Geschichte der sowjetischen Speziallager, deren Existenz zwar nicht geleugnet, aber als Internierungslager für Nazi- und Kriegsverbrecher verharmlost wurde.

Motor der Erinnerungskultur

Nach der Wende wurden die Gedenkstätten der ehemaligen DDR einer umfangreichen Revision unterzogen, die ihre namentliche Umwidmung, räumlich-gestalterische Erweiterung und konzeptionelle Neuausrichtung umfasste. Gab es zunächst Befürchtungen, man würde sich im »Einheitsstaumel« der Erinnerung an die nationalsozialistische Verbrechen-Geschichte entledigen, so wirkte die Neukonzeption der ostdeutschen Gedenkstätten geradezu katalysierend auf die gesamtdeutsche Gedenkstättenlandschaft. Die Diskussionen um die Gedenkstättenkonzeptionen führten von einer provisorischen hin zur dauerhaften Förderung durch den Bund, wobei Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück von Beginn an berücksichtigt wurden. Dass eine Neukonzeption dieser Gedenkstätten geboten war, wurde kaum ernsthaft bestritten. Streit entzündete sich vor allem an der Frage, wie die Geschichte der sowjetischen Speziallager in Buchenwald und Sachsenhausen einzuordnen und gegenüber der KZ-Geschichte zu gewichten sei. Das Hauptaugenmerk lag jedoch auf einer differenzierteren Darstellung der Opfergruppen und der ortsgebundenen Geschichte. Dem Erhalt historischer Bausubstanz wurde ein höherer Stellenwert eingeräumt und ihre Nachnutzung in den Kanon der historischen Aufarbeitung einbezogen. Neben der räumlichen Dimension rückte auch die Analyse gesellschaftlicher Komplexität mehr in den Fokus. Ravensbrück war bundesweit die erste Gedenkstätte, die eine Ausstellung zum SS-Personal realisierte. Ebenso werden in den Ausstellungen, die um eine betont sachliche Darstellung bemüht sind, die Wechselbeziehungen zwischen den Konzentrationslagern und der vermeintlich unbeteiligten Zivilbevölkerung aufgezeigt. So hat zum Beispiel Sachsenhausen dem Thema »Die Stadt und das Lager« eine eigene Ausstellung gewidmet.

Diskursive Orte im geläuterten Deutschland

Die KZ-Gedenkstätten der ehemaligen DDR wurden nach 1990 im vereinigten Deutschland zu internationalen Begegnungs- und Erinnerungsorten, wissenschaftlichen Forschungsinstitutionen, zeithistorischen Museen und außerschulischen Lernorten. Bisweilen wird die Auseinandersetzung mit Verfolgung, Mord und Massensterben als Handlungsfeld der politischen Bildung, Menschenrechtserziehung oder Rechtsextremismusprävention gesehen und den Gedenkstätten daher eine immunisierende Wirkung zugeschrieben. Solche Erwartungen sind überzogen – allein deshalb, weil Gedenkstättenbesuche in der Regel wenige Stunden dauern. Die Geschichte der nationalsozialistischen Lager und ihre Nachgeschichte lässt sich indes nicht auf einfache Formeln und ein leicht konsumierbares Maß herunterbrechen.

Das Heldengedenken des Antifaschismus in der DDR, in dem sich das Gros der NS-Verfolgten nicht wiederfand, ist in Ravensbrück, Sachsenhausen und Buchenwald einem Vermittlungsanspruch gewichen, der auf rationales Verstehen und kritische Reflexion zielt. Verschiedene Perspektiven auf die Geschichte sollen dargestellt und durch die Hinwendung auf das Subjekt soll die willkürliche Stigmatisierung der Nazis in Frage gestellt werden. Die materialreichen Dauerausstellungen geben sich betont nüchtern und orientieren sich am Stand wissenschaftlicher Forschung. Gedenken und Erinnerung findet in vielfältigeren Formen statt, davon zeugen nicht zuletzt die Programme der diesjährigen Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Befreiung der Konzentrationslager. Dennoch: Politische Debatten und Konflikte begleiten die Gestaltungsprozesse der KZ-Gedenkstätten im Osten und im Westen gleichermaßen. Dazu zählt etwa die Kritik, dass bei aller Nüchternheit der Gestus der Anklage vermieden und damit die Musealisierung der NS-Verbrechen zum Symbol eines neuen, geläuterten Deutschlands erhoben wird.